

Berlin, 30. Januar 2006

Herrn
Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Sehr geehrter Herr Minister,

wir sind aufgrund einer Email-Kampagne auf die Webseite einer Aktion aufmerksam geworden, die sich "Grosses Projekt 2006 / Berlin Talaat Pascha-Bewegung" nennt und zwischen dem 15. und 19.03.2006 eine Reihe von Aktionen in Berlin plant. Zu den Aktionen gehört auch eine Demonstration, die am 18. März in Berlin stattfinden soll und zu der die "4 Millionen Türken in Europa" zur Teilnahme aufgerufen werden. Anreise, Fahnen und Plakate werden, dies ist dem Aufruf zu entnehmen, zentral (offensichtlich in der Türkei) organisiert.

Ziel dieser Aktionen ist es, so heißt es im Text, "den armenischen Genozid-Lügen Einhalt zu gebieten". Von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird u.a. gefordert, den Beschluss des Bundestages vom 15. Juni 2005 über die "Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 1915" rückgängig (!) zu machen, das Unterrichten des Völkermords an den Armeniern in den Schulen zu unterbieten (!). Alarmierend ist die an die Europäer gerichtete Drohung mit dem Bild brennender Pariser Verhältnisse. Unter den Mitgliedern des "Führungsgremiums Deutschland" ist u.a. auch der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde zu Berlin.

Talaat Pascha, dessen Namen die "Bewegung" trägt, war einer der Hauptverantwortlichen für den Genozid an den Armeniern 1915 im Osmanischen Reich. Von einem Sonderkriegsgerichtshof der türkischen Nachkriegsregierung zum Tode verurteilt, konnte er jedoch nach Berlin fliehen. Hier wurde er am 15. März 1921 von einem armenischen Studenten erschossen (der später in einer aufsehenerregenden Gerichtsverhandlung in Berlin freigesprochen wurde). Diese Tat wird nun zum Anlass genommen, europaweit zu einer Versammlung in Berlin aufzurufen.

Die Huldigung an einen Völkermörder und an einen der zentralen Politiker der 1908 in der Türkei an die Macht gekommenen totalitaristischen Partei der sogenannten "Jungtürken" bedeutet nicht nur eine Verletzung der Erinnerung der armenischen Überlebenden und ihrer Nachkommen.

Die Leugnung selbst verstößt gegen die Fundamente der Demokratie und Toleranz. Sie steht nicht zuletzt der Selbstverpflichtung Europas entgegen, nach der Erfahrung des Nationalsozialismus eine besondere Sensibilität und Verantwortung gegenüber schweren Menschenrechtsverletzungen und ihrer Leugnung zu entwickeln.

Als Armenier in Deutschland sehen wir es als eine große Belastung an, dass die unbezweifelbare Geschichte des Völkermords zu einem politischen Argument einer neu gestärkten nationalistischen Strömung der türkischen Gemeinschaft in der Türkei und in Europa wird. Die öffentliche, aggressive Propaganda, die sich der Erinnerung der Armenier bedient, greift hier in Deutschland ganz unmittelbar in unser Leben, unsere Identifizierungen und unseren Alltag ein. Dies nicht zuletzt dadurch, dass der "Völkermordvorwurf" als Legitimationsargument erhoben wird für eine Integrationsverweigerung der Türkinnen und Türken in Deutschland. Mit großer Sorge begleiten wir daher zurzeit die Politisierung der Geschichte des Genozids an den Armeniern im Rahmen neuer nationalistischer Anstrengungen, die Berlin zu ihrem Zentrum erklären wollen.

Zu Ihrer Kenntnis listen wir die Links auf und erlauben uns, eine nicht autorisierte Übersetzung des Texts "Grosses Projekt 2006 / Berlin Talaat Pascha-Bewegung"(Link Nr.2) als Anlage beizulegen.

Mit freundlichen Grüßen
(für den Vorstand)
Vartkes Alyanak